

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine Damen und Herren,

Anlage 3

dass wir uns heute zum zweiten Mal in diesem Jahr auf wochenlange Haushaltsplanberatungen zurückblicken, ist – wie jetzt so vieles in Lüdenscheid – von oben angewiesen.

Dennoch ist dieser Termin vielleicht der bessere: Kahle Bäume, triste Beete, trübes Wetter – Zeit für den Nothaushalt.

Haushaltssicherungskonzept, übriggebliebene Horváth-Vorschläge, alte und neue Streichlisten – keine Themen zum Frohlocken.

Dennoch möchte ich uns heute Hoffnung machen. Hoffnung, dass nach dem aufziehenden Winter Lüdenscheid wieder zum Leben erwacht.

Reicht dafür schon die Nachricht, dass aus geplanten 60 Millionen Euro Defizit 2010 wohl nur gut 50 Millionen geworden sind? Und dass wir für 2011 nur noch mit gut 22 Millionen rechnen müssen? Auch das ist eine gewaltige Summe.

Natürlich werden wir aus eigener Kraft nicht aus dieser Misere herauskommen. Das wissen wir aber auch schon seit vielen Jahren, denn der Begriff „strukturelles Defizit“ ist in Lüdenscheid ja schon lange bekannt. Die Dimensionen sind allerdings neu und haben viele Ursachen. Die meistgenannten sind:

- Das Fehlen einer soliden Gemeindefinanzierung, die auch in Zeiten schwacher Konjunktur den Erhalt kommunaler Infrastruktur sicherstellt.
- Die ständige Übertragung neuer Aufgaben mit unzureichender oder völlig fehlender Finanzierung.

Schuld sind also „die da oben“. Und je nachdem, ob sie politisch als Freund oder Feind einzustufen sind, ist mal das Land, mal der Bund verantwortlich. Der Märkische Kreis sowieso.

Helfen solche Schuldzuweisungen wirklich weiter? Ich meine: Nein. In Stadt, Kreis, Land und Bund haben sich 4 Parteien zu 4 verschiedenen Bündnissen zusammengeschlossen. Da findet man immer eines, an dem die eigene Partei nicht beteiligt ist und das sich daher prima zum Draufhauen eignet. Wird das ernst genommen? Sinnvoller wäre es, auf die Koalitionen mit eigener Beteiligung einzuwirken, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. SPD und Grüne also beim Land, CDU und FDP beim Bund.

Und es bewegt sich etwas: Der Bund hat uns mit den Konjunkturpaketen einen Investitionsspielraum gegeben, wie wir ihn viele Jahre lang nicht mehr haben werden. Und das Land hat angekündigt, zukünftig deutlich mehr Mittel an die Kommunen weiterzugeben. Was uns noch fehlt, ist eine Neuregelung der Gemeindefinanzierung. Es muss verhindert werden, dass in Zeiten wie diesen das kommunale Leben vollständig zum Erliegen kommt und die Städte nur noch am Gängelband irgendeiner auswärtigen Behörde geführt werden.

Deren Einfluss ist jetzt schon größer als der aller Ratsmitglieder zusammen: Das bislang erfolglose Betteln um die Übertragung vorhandener Haushaltsmittel in das Folgejahr ist kleinlich, entwürdigend und überhaupt nicht sachgerecht. Ein schönes Beispiel ist das Hin

und Her bei der Parkpalette Corneliusstraße. Hier waren und sind sich alle einig, dass dort etwas passieren muss. Die Einzelhändler und Dienstleister in der Oberstadt, die Bewohner der Altstadt und ihrer Randgebiete, die Besucher von Lehrerseminar und Stadtbücherei – sie alle sind auf diesen Parkraum angewiesen. Und jahrelang passiert nichts. Jedenfalls nicht in der Corneliusstraße. Stattdessen werden Ausschreibungen, Finanzierungsmodelle und Haushaltsmittel ausprobiert, verworfen, hin- und hergewälzt. Eine Lösung, die die verschiedenen Bedarfe deckt, finanziell vertretbar ist und außerdem die Gnade der Kommunalaufsicht findet, wird seit Jahren gesucht – bislang erfolglos. Wir ermuntern die Verwaltung, hier weiter zu ringen und diese Ruine zu beseitigen. Am politischen Willen soll es jedenfalls nicht liegen.

Der politische Wille ist auch bei weiteren Projekten vorhanden, die uns 2011 und in den Folgejahren beschäftigen werden:

- Alte Kaufhalle und obere Altenaer Straße werden fertiggestellt.
- Am Sauerfeld endet die Umbauphase des Busbahnhofs und eine neue Wartehalle entsteht.
- Auch an den Bahnhöfen tut sich etwas: Brügge erhält das dringend benötigte neue Feuerwehrgerätehaus und in Lüdenscheid nimmt die Denkfabrik konkretere Formen an.
- Die Regionale 2013 wird uns mehrere Jahre lang beschäftigen, ebenso wie die Straßen in Lüdenscheid: Sie in einem vernünftigen Zustand zu erhalten, neu zu beleuchten und die Anwohner an neuralgischen Punkten vor ihrem Lärm zu schützen sind Projekte von Dauer.

Bei allen genannten Zukunftsthemen besteht ein großer Konsens über Fraktionsgrenzen hinweg – und das ist auch gut so.

Unser Stadtrat ist eben kein klassisches Parlament, sondern Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Daher müssten Rat und Verwaltung partnerschaftlicher miteinander umgehen als dies heute der Fall ist. Dezernenten fühlen sich ungleich behandelt, Ratsmitglieder dreschen auf die Verwaltung ein und auch auf ihresgleichen.

Bei aller Liebe zum Showbusiness – mir wurde es in letzter Zeit oft zuviel. Insbesondere bei Auseinandersetzungen, die nicht auf Augenhöhe stattfinden, ist mehr Fairness nötig.

- Eine Fraktion fordert, dass Köpfe rollen müssen, weil sie aus dem Rathaus nicht frühzeitig darauf hingewiesen wurden, dass ihnen ihre eigenen Sonderwünsche über den Kopf wachsen werden. (Ursache für den gemeinten Vorfall waren übrigens zuvor erzielte Ausschreibungsergebnisse, die heute die zusätzliche Beschaffung von Schulmöbeln für 100 TEUR ermöglichen. Aber dies wird sicher kommentarlos „nach Vorlage“ durchgewunken.)
- An verschiedenen Stellen werden immer wieder große Verabredungen in Frage gestellt, die hier seit Jahren gelten:
 1. Wir wollen alle Kultureinrichtungen erhalten.
Die Schließung der Städtischen Galerie ist derzeit kein Thema. Gemeinsam wollen wir die Aufbau-Organisation der Verwaltung überarbeiten und dabei auch ein neues Geschäftsmodell für den Kulturbereich finden. Entscheidungen über den Fortbestand oder die Neuorganisation einzelner Einrichtungen stehen noch lange nicht auf der Tagesordnung.
 2. Wir wollen keine betriebsbedingten Kündigungen.

Dieses Versprechen ist elementar für die Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung. Für die immer wieder geforderte und dauerhaft nötige Aufgabenkritik sind wir auf Insiderwissen angewiesen. Welcher Beschäftigte wäre aber so blöd, seine Aufgabe und damit seinen Arbeitsplatz in Frage zu stellen, wenn er als Dankeschön seine Kündigung erhält?

Hier sind daher die Antworten der FDP-Fraktion auf den Protestbrief des Personalrats

Ja, wir wollen Personal abbauen, weil wir müssen.

Ja, es wird Versetzungen und neue Aufgabenzuweisungen geben.

Nein, es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben, auch nicht bei STL.

Dieses Tabu immer mal wieder zu brechen bringt gar nichts. Angst zu verbreiten bringt uns der Lösung unserer Probleme keinen Zentimeter näher.

An dieser Stelle möchte ich ein paar persönliche Bemerkungen machen: Die aktuelle Form der Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Personalrat gefällt mir nicht.

Auch wenn die Gemeinsamkeiten hier und da begrenzt zu sein scheinen: Beide Gremien sind demokratisch gewählt und haben für Ihre Arbeit Respekt verdient.

Dazu gehört für mich, dass man nicht einem Mitarbeitervertreter aus heiterem Himmel das Vertrauen entzieht. Dazu gehört aber auch, dass man sich für die öffentliche Beschimpfung der Gegenseite dann einer personell verflochtenen Ratsfraktion bedient.

Beides ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung und sollte nicht der neue Stil der Auseinandersetzung werden.

Damit sind wir schon bei der Auseinandersetzung innerhalb des Rates:

Ich finde es schade, dass sich die zweitgrößte Fraktion der Haushaltplanberatung durch dauerhaftes Neinsagen verweigert hat. Die aktuellen Herausforderungen können wir nicht durch Wegsehen meistern.

Auch wenn es schwerfällt, will ich nur einen Punkt herausgreifen: Die Grundsteuer muss erhöht werden.

Wir sind inzwischen so weit vom Landesdurchschnitt entfernt, dass uns die Aufsichtsbehörde schon offen gedroht hat, uns in Sachen Kreditermächtigung den Hahn zuzudrehen. Das wissen alle hier. Trotzdem wird so getan, als sei alles nicht so schlimm und wir könnten auf 800 TEUR jährlich locker verzichten.

Nur durch die heutige Erhöhung kommen wir unserer Verantwortung nach – nicht nur gegenüber anderen Behörden, auch gegenüber kommender Generationen.

Nur wenn wir jetzt bereit sind, schmerzhaft Entscheidungen zu treffen, werden wir unserer Verantwortung gegenüber der Stadt und ihren Bürgern gerecht.

Dazu gehört auch eine moderate Beitragserhöhung für Kindergärten, von der – das wird leider oft vergessen – Familien mit geringen Einkommen ausgenommen sind.

Außerdem ist der demographischen Entwicklung geschuldet, dass wir eine umfangreiche Prüfung der Schulstandorte vornehmen müssen. Auch hier werden wir am Ende Farbe bekennen müssen.

Ich hoffe hier auf ein Zusammenwirken aller Fraktionen. Die Gemeinsamkeiten sind groß. Das werden wir bald wieder erleben, wenn die neue Pausenhalle am Staberg eröffnet wird und die heftig umstrittenen Kunstrasenplätze eingeweiht werden: Dann stehen flammende Befürworter und erbitterte Gegner am roten Band einträchtig Seit an Seit und die Scheren werden knapp.

Wir sehen: Am Ende freuen wir uns alle, wenn es in unserer Stadt vorwärts geht.

Mein Fazit:

Zwar steht der Haushalt 2011 im Zeichen der Tristesse, aber wenn wir die harten Zeiten verantwortungsvoll bestreiten, werden wir auch wieder hellere Tage erleben dürfen.

- Dank an Verwaltung, besonders Kämmerei für zweifache Haushaltsplanberatungen 2010 -

Schluss.

Jens Holzrichter 22.11.2010

Es gilt das gesprochene Wort.